Detailansicht des Registereintrags

ALDI Nord Holding Stiftung & Co. KG

Aktuell seit 19.11.2026 16:22:08

Kommanditgesellschaft (KG)

Registernummer:	R002241
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	19.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Am Weidendamm 1A 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +492018593205 E-Mail-Adressen: lobbyregister@aldi-nord.de Webseiten: https://www.aldi-nord.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
290.001 bis 300.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,90

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Florian Scholbeck**
   Funktion: Managing Director Communications
2. **Nicolás de Lope Fend**
   Funktion: Vorsitzender des Vorstands
3. **Marcus Droste**
   Funktion: Vorstand
4. **Felix Rottmann**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Annette Kirste**
2. **Gerrit Kwaschnik**
3. **Markus Dicker**
4. **Marek Kortus**
5. **Nicolás de Lope Fend**

Mitgliedschaften (2):

1. Handelsverband Deutschland
2. Food for Biodiversity e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (29):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Menschenrechte; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als Grundversorger und verlässlicher Händler ist ALDI Nord sich seiner besonderen gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Wir möchten uns konstruktiv in wichtige Debatten einbringen, Herausforderungen mit allen Beteiligten gemeinsam bewältigen. Dies kann nur durch den aktiven und stetigen Dialog mit Politik und Gesellschaft geschehen. Stets mit dem Fokus auf das Wesentliche wollen wir uns dort einbringen, wo ALDI mit seiner Praxisexpertise einen wertvollen Beitrag in gesellschaftlichen Debatten leisten kann.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt.

Im Mittelpunkt der Interessenvertretungen stehen Themen aus den Politikfeldern Bauen, Energie, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr. Ziel der Interessenvertretung ist es, aus Sicht der Praxis Impulse für eine gute Umsetzung der Regelungsvorhaben zu geben. Basis für den Austausch mit politischen Vertretern und Vertreterinnen sind vor allem Positionspapiere zu konkreten Regelungsvorhaben. Darin informieren wir über Herausforderungen von Regelungsvorhaben und schlagen Lösungen für eine praxistaugliche Umsetzung vor.

Desweiteren nimmt ALDI Nord an Austausch- und Informationsveranstaltungen verschiedener politischer und nicht-politischer Akteure teil (u.a. des Handelsverbands Deutschlands und des Bundesverbands des Deutschen Lebensmittelhandels).

Konkrete Regelungsvorhaben (29)

1. **Praktikable Novellierung des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz - AgrarOLkG**

   Beschreibung:
   Auf die Einführung einer Generalklausel in § 23 AgrarOLkG sollte verzichtet werden, da in der Praxis jede Vertragsklausel mit einer enormen Unsicherheit behaftet wäre und in jedem Einzelfall gegenüber dem Lieferanten gerechtfertigt werden müsste. Vertragsstrafen müssen weiterhin ermöglicht werden, da Schadenersatzansprüche in der Praxis nicht durchsetzbar sind, weil sich ein Schaden nur mit unverhältnismäßigem Aufwand beweisen lässt. Die Erweiterung des Anwendungsbereiches sollte auslaufen, da dies internationale Großkonzerne schützt, die mit dem LEH mindestens auf Augenhöhe verhandeln. Im Rahmen der geplanten Novellierung des AgrarOLkG wird auch über eine Anpassung des §14 diskutiert. Die aktuell diskutierten Änderungen dürfen nicht zum Verbot von Hubs im Lebensmittelbereich führen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   AgrarMSG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406260040** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundesregierung

   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **Ausweitung des Geltungsbereiches des Tierhaltungskennzeichengesetzes (THKG)**

   Beschreibung:
   Geltungsbereich des THKG sollte zügig auf Außer-Haus-Verpflegung und

   verarbeitete Ware ausgeweitet werden, damit Kundinnen und Kunden immer die Möglichkeit haben, ihre Kaufentscheidung am Tierwohl auszurichten. Gleiches gilt für die Ausweitung auf Rindfleisch und Milch, wobei die Kriterien möglichst analog zu der bekannten Haltungsform des Lebensmitteleinzelhandels gestaltet sein sollten. Das Bundesförderprogramm muss auf eine langfristig angelegte Finanzierungsgrundlage gestellt werden und sollte Tierhaltungen ab der Haltungsform 3 (Außenklima/Frischluft) zur Verfügung stehen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   TierHaltKennzG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2406270002** (PDF - 4 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 01.03.2024 an:

      Bundesregierung

      Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt**

   Beschreibung:

ALDI hält Einschränkungen für Werbung von Lebensmitteln mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt für nachvollziehbar, wenn diese Werbung Kinder unmittelbar zum Konsum veranlasst. Eine etwaige Regelung muss zielgerichtet und verhältnismäßig sein und weiterhin die uneingeschränkte Werbung gegenüber Erwachsenen ermöglichen: An Kinder gerichtete Werbung muss eindeutig definiert werden. Keine Werbeverbote für gedruckte Medien (z.B. Handzettel, Tageszeitungen) und via Social-Media. Es darf keine pauschalen Verbreitungsverbote geben, bspw. für TV-Werbung zur Primetime. Denkbar wäre Werbung zu verbieten, die sich direkt an Kinder richtet.

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406270003** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Interessenvertretung für eine zeitgemäße Nahversorgungsausnahme innerhalb der Regelungen zu großflächigem Einzelhandel in der Baunutzungsverordnung**

Beschreibung:
Umsetzbare und rechtssichere Anwendung des Nachweises einer städtebaulichen Atypik für den Lebensmitteleinzelhandel zur verbesserten Nahversorgung der Bevölkerung, um Ansiedlungs- und Modernisierungsvorhaben auch außerhalb von Kern- und Sondergebieten unbürokratischer zu ermöglichen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13091 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 436/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6588 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BauNVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406270005** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

5. **Interessenvertretung für eine praxistaugliche Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/1542**

   Beschreibung:
   Rücknahmepflichten des LEH dürfen nicht zu erhöhter Brandgefahr führen; Informationspflichten sollten verhältnismäßig bleiben und die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen; Vorgaben für die Behandlung und Beseitigung von Batterien müssen spezifiziert werden, um ein größtmögliches Maß an Sicherheit für Kundinnen und Kunden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/13953 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz - Batt-EU-AnpG)
   Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   ElektroGGebV [alle RV hierzu]; BattDG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

6. **Interessenvertretung für eine praxistaugliche Anpassung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes**

   Beschreibung:
   Quotenproblematik (Berechnungsmethodik) muss adressiert werden; Ausweitung der Rücknahmepflicht auf größere Geräte würde nicht zu höheren Sammelmengen führen und ist daher abzulehnen; Informationspflichten sollten verhältnismäßig bleiben und die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen; Herstellerverantwortung muss berücksichtigt werden.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/14146 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:

ElektroGGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

7. **Interessenvertretung für eine ganzheitliche Lösung im Sinne der Nachhaltigkeit (Umlage EU-Plastikabgabe/ Kunststoffverpackungssteuer)**

Beschreibung:
Gewählte Instrumente sollten eine Lenkungswirkung im Sinne der Nachhaltigkeit erzeugen, ohne zu Marktverwerfungen zu führen.

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406270006** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2610290036** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. **Interessenvertretung für leistungsorientierten und effizienten Ausbau von Ladeinfrastruktur sowie auf Möglichkeiten geräuscharmer Mobilität (TA Lärm)**

Beschreibung:
Die Zugänglichkeit von Ladepunkten muss unabhängig von den Öffnungszeiten eines Standorts möglich sein. Dafür braucht es rechtssichere Grundlagen zu haftungs- und lärmschutzrechtlichen Vorgaben sowie Duldungspflichten für betroffene Dritte im GEIG. Verkehre von und zu Ladepunkten i. S. v. § 2 Nr. 5 Ladesäulenverordnung sollten bei der Ermittlung von Belastungen (Lärmemissionen) unberücksichtigt bleiben.

Die Anlieferung von Waren sollte bei der Nutzung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen auch während der Tageszeiten mit erhöhter Geräuschempfindlichkeit ermöglicht werden ohne Bedarf für eine Einzelfallprüfung an jedem einzelnen Verkaufsstandort. Außerdem sollten Maßnahmen des passiven Lärmschutzes als geeignetes Vorsorge- und Schutzinstrument anerkannt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
GEIG [alle RV hierzu]; LSV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2406270007** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2406270008** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2609300135** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

9. **Novelle Verpackungsgesetz (§ 21)**

Beschreibung:
Interessenvertretung für eine ganzheitliche Lösung im Sinne der Nachhaltigkeit sowie aller Akteure entlang der Wertschöpfungskette. Durch die angedachte Überarbeitung des §21 soll eine Lenkungswirkung etabliert werden, die hin zu ökologischeren Verpackungen wirkt.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409230035** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Vorschläge für eine praxisnähere Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**

Beschreibung:
Auf Basis der Erfahrungen im Umgang mit dem LkSG hat ALDI Vorschläge und Empfehlungen erarbeitet, wie das Gesetz praxisnäher umgesetzt werden könnte.

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Menschenrechte [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2410070008** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Interessenvertretung für den schnelleren, entbürokratisierten Ausbau und Betrieb von Photovoltaik auf Gewerbedächern**

Beschreibung:
Die Entbürokratisierung beim Ausbau von Photovoltaik durch eine bundesweit einheitliche PV-Dachpflicht für Gewerbedächer ohne Länderöffnungsklausel vorantreiben. Pflichten zur Überdachung und Belegung von Parkplätzen sind aufgrund nicht vorhandener Eignung im Hinblick auf Amortisation, Netzkapazitäten, Lastspitzen und Vergütungssystematik nicht einzuführen.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2504080020** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2025 an:

   Bundestag

   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2510290014** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.10.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. **Interessenvertretung für die Flexibilisierung der Ruhezeitenregelung im Arbeitsrecht**

Beschreibung:
Eine Flexibilisierung der Ruhezeitenregelung (Unterschreitungsmöglichkeiten, Ausgleichsmöglichkeiten etc.) trägt internationalen, digitalisierten Arbeitsumfeldern Rechnung und verbessert Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504090013** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Interessenvertretung für eine praxistaugliche Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie**

Beschreibung:
Die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie bringt umfangreiche Informations- und Dokumentationspflichten mit sich, die erheblich über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinausgehen. Eine 1:1 Umsetzung der europäischen Vorgaben ohne darüberhinausgehende Regelungen ist anzustreben, um die bürokratischen Aufwände möglichst gering zu halten.

Betroffenes geltendes Recht:
EntgTranspG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504090014** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Vorschlag zur Vermeidung von Doppelerhebungen für statistische Zwecke**

Beschreibung:
Oftmals ergeben sich Doppelerhebungen, da Behörden und Datenquellen nicht ausreichend genug untereinander vernetzt sind. Dadurch ergeben sich vermeidbare bürokratische Lasten. Für die öffentliche Statistik sollen primär bereits erhobene Daten genutzt werden (z.B. aus amtlicher Preisstatistik). Steuerliche Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten sollten im Zuge der Digitalisierung verkürzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
HdlDlStatG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504090023** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

15. **Interessenvertretung für deutschlandweite Verträge zur IT-Netzanbindung von Unternehmensstandorten**

    Beschreibung:
    Die IT-Netzanbindung soll durch deutschlandweiten Vertrag für alle Unternehmensstandorte mit einem Anbieter möglich gemacht werden, um bürokratischen Aufwand und Komplexität zu reduzieren.

    Betroffenes geltendes Recht:
    TKG 2021 [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:
    Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

    Stellungnahmen/Gutachten (1):

    1. **SG2504090024** (PDF - 3 Seiten)

       Adressatenkreis:

       Versendet am 19.03.2025 an:

       Bundestag
       Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. **Interessenvertretung für eine praxisnahe Ausgestaltung der Bonpflicht**

    Beschreibung:
    Schaffung einer „Opt-out"-Möglichkeit für den Kunden bei der Bonpflicht. Aktuell wird Großteil der Kassenbons sofort nach dem Druck vernichtet. Die Pflicht sollte dann nicht bestehen, wenn Kunde aktiv auf den Beleg verzichtet.

    Betroffenes geltendes Recht:
    KassenSichV [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:
    Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

    Stellungnahmen/Gutachten (1):

    1. **SG2504090025** (PDF - 3 Seiten)

       Adressatenkreis:

       Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. **Weiterentwicklung und Ausweitung der Tierhaltungskennzeichnung**

Beschreibung:
Das Tierhaltungskennzeichnungs-Gesetz (TierHaltKennzG) soll für Verbraucherinnen und Verbraucher die Transparenz über die Tierhaltung verbessern. Der aktuelle Stand des Gesetzes, stößt jedoch auf Herausforderungen wie etwa eine uneinheitliche Umsetzung durch die Bundesländer und das Versäumnis, weitere Vertriebskanäle und Tierarten einzubeziehen. ALDI Nord und ALDI SÜD unterstützen eine umfassende Weiterentwicklung und Ausweitung der Tierhaltungskennzeichnung: Essenziell sind praxistaugliche Vereinfachungen sowie die Aufnahme weiterer Vertriebskanäle und zusätzlicher Tierarten in den Geltungsbereich des Gesetzes.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/327 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
TierHaltKennzG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506100036** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.05.2025 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

   Versendet am 26.05.2025 an:

   Bundestag

   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

18. **Artikel 29 Absatz 12 der EU-Verpackungsverordnung**

Beschreibung:
Ausgestaltung der delegierten Rechtsakte der Europäischen Kommission nach Art. 29 Abs. 12 der EU-Verpackungsverordnung (PPWR) zur Poolbildung bei der Erfüllung von Mehrweggetränkequoten.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606300059** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

   Versendet am 16.04.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Versendet am 16.04.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

19. **Interessenvertretung für eine bürokratiearme Anpassung des deutschen Verpackungsrechts an die PPWR**

Beschreibung:
Einsatz für eine Anpassung des deutschen Verpackungsrechts an die EU-Verpackungsverordnung (PPWR), die einen bürokratiearmen und auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichteten Übergang vom VerpackG zum VerpackDG sicherstellt.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/5346 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300199** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.04.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

20. **Rahmenbedingungen für Wohnungsbau auf bestehenden Handelsstandorten**

Beschreibung:
Austausch mit dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zur Prüfung von Potenzialen für Wohnungsbau auf Dachflächen des Lebensmitteleinzelhandels, einschließlich rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen gemischt genutzter Immobilien, bestehender planungsrechtlicher Möglichkeiten (u. a. § 246e BauGB), Optionen des Mitarbeiterwohnens sowie möglicher politischer Maßnahmen zur Erleichterung von Aufstockungen bestehender Handelsimmobilien.

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190026** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.09.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

21. **Interessenvertretung für eine praxistaugliche Novellierung der europäischen UTP-Richtlinie (2019/633)**

Beschreibung:
Die Europäische Kommission hat eine Überarbeitung der UTP-Richtlinie für Ende 2026 angekündigt. Praxistaugliche, rechtssichere und verhältnismäßige Weiterentwicklung der

bestehenden Regelungen der UTP-Richtlinie sicherstellen. Funktionierende Lieferbeziehungen und den Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel erhalten und landwirtschaftliche Erzeuger sowie kleine und mittlere Lieferanten schützen. Einschränkungen von Eigenmarken vermeiden. Auf eine offene Generalklausel für unlautere Vertragsbedingungen verzichten und die bestehende Systematik aus klar definierten Listen beibehalten. Von einem generellen Verbot des Einkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterhalb der Produktionskosten absehen.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300164** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

22. **Anpassen der Bedingungen der Direktvermarktungspflicht im EEG 2027**

Beschreibung:
Die Änderung der Zeitpunkte, ab denen für verschiedene Größenklassen von PV-Anlagen eine Direktvermarktung verpflichtend ist, indem die in § 21 Abs. 1 EEG-E befindlichen fixen Kalenderdaten als Fristen für Digitalisierungsmaßnahmen nach § 29 Abs. 1 MsbG übernommen werden Die Direktvermarktungspflicht sollte stattdessen dann greifen, wenn jene Digitalisierungsmaßnahmen erfolgreich abgeschlossen wurden. Außerdem eine Aufnahme von „Interoperabilität zwischen Netzen und Erzeugungsanlagen“ als zusätzlich technische Mindestanforderung nach § 19 Abs. 3 EnWG, weil auch dies eine Voraussetzung für systemdienliche Direktvermarktung ist.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7867 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 470/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300050** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.08.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

23. **Anpassen der Ausgestaltung von Redispatch, Priorisierungsvorgaben und Transparenzpflichten im Netzanschlusspaket**

Beschreibung:
Die Neugestaltung von Redispatch, sodass Abregelung am Netzverknüpfungspunkt und nicht an der Anlage stattfindet.
Die Umformulierung vorgegebener Priorisierungsparameter für die Netzanschlussvergabe, sodass für ÜNB und VNB hier eine Muss- statt einer Kann-Regelung gilt.
Die Erweiterung der Transparenzpflichten und der Vereinheitlichung des Reservierungsmechanismus auf die Niederspannung ab 01.01.2030.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7866 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 471/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190027** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

24. **Anpassen der rechtlichen Vorgaben für Ausbau von Ladeinfrastruktur an öffentlich zugänglichen Parkplätzen in der nat. Umsetzung von Art. 14 EPBD**

Beschreibung:
Bemessung der Ausbauvorgaben für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur anhand der Ladeleistung anstatt der Anzahl von Ladepunkten (qualitativer Ansatz).
Möglichkeit zur Zusammenfassung mehrerer Standorte beim Erfüllen der Ausbauvorgaben (Pooling).
Differenzierung der geforderten Ladeleistung zwischen Bestand und Neubau.
Für die Einhaltung der Frist soll bereits die Beantragung der Ausbaumaßnahmen ausreichen. Eine verspätete Zulieferung und Installation durch die Verteilnetzbetreiber außerhalb der Frist kann von Händlern nicht beeinflusst werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6278 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich
1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 292/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich
1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GEIG [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300053** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.06.2026 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

25. **Anpassen der Abwärmemeldepflichten im Energieeffizienzgesetz (EnEfG) in der nationalen Umsetzung der EED**

Beschreibung:
Gegenvorschläge zur geplanten Pflicht zu proaktiven Meldungen von Abwärmedaten pro Unternehmensstandort anstatt der bisherigen Pflicht, die nur auf Anfrage galt, nach § 17 Abs. 1 EnEfG-E:
1) Rückkehr zur Meldepflicht auf Anfrage, 2) geänderte Gültigkeit des Grenzwerts pro Unternehmensstandort anstatt für das Unternehmen insgesamt oder 3) Möglichkeit zur Meldung des Abwärmeprofils eines exemplarischen Standortes inkl. Toleranzbereich.
Eingrenzung der Möglichkeit nach § 17 Abs. 2 EnEfG-E zur Veröffentlichung von gemeldeten Informationen nach Ermessen der BfEE auf nicht geheimzuhaltende Parameter.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8027 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 388/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300055** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.07.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

26. **Anpassen der Verbrauchs-, Mess- und Einspeisenetzentgelte in der Allgemeinen Netzentgeltsystematik Strom (AgNes)**

Beschreibung:
Ausnahmeregelungen im Arbeitspreis 2 für Anlagen mit kaum prognostizierbarem Lastprofil und wetterbedingten Kapazitätsüberschreitungen.
Anpassen der Bemessung von Einspeiseentgelten, sodass hohe Eigenverbrauchsanteile Berücksichtigung finden.
Anpassen der Ausnahmeregelung für Messentgelte, sodass nicht nur alle Verbraucher mit bereits eingebauten iMSys, sondern auch jene, die nur wegen des inaktiven MSB auf den

iMSys-Einbau warten müssen, ausgenommen werden.
Anpassen der Vereinheitlichung von Netzentgelten, sodass diese über mehrere Netzgebiete hinweg gilt.
Reduktion des Verwaltungsaufwands, sodass die Meldung der vertraglich vereinbarten Kapazität weiterhin ausreicht und nicht jährlich für jeden Unternehmensstandort erneuert werden muss.

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

27. **Interessenvertretung für transparente Preise an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur**

Beschreibung:
Höhere Transparenz und Diskriminierungsfreiheit bei ad-hoc-Ladepreisen an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur. Ausweisung des ad-hoc-Preises als Referenzpreis.
Ausweisung des ad-hoc-Preises in Navigationssystemen, Suchmaschinen, MSP-Apps (als Referenzpreis).

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300138** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.09.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

28. **Interessenvertretung für eine ganzheitliche Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie im Bereich Textilien bzw. Schaffung eines Textilgesetzes**

Beschreibung:
Schaffung eines möglichst privatwirtschaftlichen, bürokratiearmen und effizienten EPR-Systems für Textilien etc.

Betroffenes geltendes Recht:
KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

29. **Interessensvertretung für eine ganzheitliche Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetz im Rahmen der Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie**

Beschreibung:
Berücksichtigung der Errungenschaften des „Pakts gegen Lebensmittelverschwendung“ bei Umsetzung.

Betroffenes geltendes Recht:
KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

25_DE50_RFBILA_LL_16-06-26_final.pdf